§17

Schlußbestimmung

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Fünfte Durchführungsbestimmung vom 10. September 1976 zur Energieverordnung — Grundstücksbenutzung — (GBl. I Nr. 38 S. 461) außer Kraft

Berlin, den 10. November 1980

**Der Minister
für Kohle und Energie
Mitzi n g e r**

Anlage

zu vorstehender Fünfter Durchführungsbestimmung

Entschädigungssätze

- Die Entschädigung für landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Grundstücke in bezug auf Umspannanlagen beträgt als Orientierungsgröße 60 M Grundbetrag zuzüglich 4 M je Quadratmeter tatsächlich mitbenutzter Fläche.

Aus der Orientierungsgröße wird die Entschädigung mit folgenden Hebesätzen festgestellt:

Bodenwertzahl Ackerland		Grünland
100... 77	100 %	75 %
76... 54	85 %	65 %
53... 30	70 %	53 %
29... 7	60 %	45 %

Für Ödland beträgt die Entschädigung 20 % der Orientierungsgröße.

- Die Entschädigung für landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Grundstücke in bezug auf Gasschieberanlagen beträgt

80 M für Schiebergruppen $\leq$ 25 m²

160 M für Schiebergruppen > 25 m².

Die Entschädigung für die anderen Anlagen der Gasfortleitung ist in entsprechender Anwendung der Ziff. 1 festzustellen.

- Die Entschädigung bezieht sich auf die gesamte Mitbenutzungszeit.

Anordnung

**über die Inanspruchnahme
von Elektroenergie und Gas im Winterhalbjahr
durch Energieabnehmer ohne Leistungsanteile**

vom 10. November 1980

Auf Grund des § 38 Abs. 1 der Energieverordnung vom 30. Oktober 1980 (GBl. I Nr. 33 S. 321) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen Staatsorgane angeordnet:

§ 1

(1) Die Anordnung gilt für Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie Genossenschaften einschließlich ihrer kooperativen Einrichtungen (nachfolgend Energieabnehmer genannt), die keine Leistungsanteile für Elektroenergie oder Gas erhalten, in bezug auf die Anwendung von Elektroenergie oder Gas im Winterhalbjahr (1. Oktober bis 31. März).

(2) Auf die in dieser Anordnung geregelten Beziehungen ist die Energieverordnung mit den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen ergänzend anzuwenden.

§ 2

(1) Dem Energieabnehmer kann ein schriftlicher Bescheid erteilt werden, in welchem Umfang er im Winterhalbjahr nach energiewirtschaftlicher Analyse bei Sicherung der Produktionsaufgaben und ohne Beeinträchtigung der Arbeits- und Lebensbedingungen die Leistungsanspruchnahme entsprechend seiner Pflicht gemäß § 3 Abs. 1 Ziff. 10 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 10. November 1980 zur Energieverordnung — Leitung/Planung/Plandurchführung — (GBl. I Nr. 33 S. 330) während der Spitzenbelastungszeiten der Elektroenergieversorgung, in bezug auf Gas während der Gesamtzeit senken muß.

(2) Der Bescheid begrenzt den Versorgungsanspruch und die Lieferpflicht. Er gilt für die darin angegebene Zeit. Über die Einhaltung der aus dem Bescheid folgenden höchstzulässigen Inanspruchnahme von Elektroenergie bzw. Gas sind vom Energieabnehmer schriftliche Nachweise zu führen.

(3) Der Bescheid ist dem Energieabnehmer spätestens 2 Wochen vor dem Wirksamwerden der Pflicht zur Senkung der Leistungsanspruchnahme zuzustellen oder zu übergeben.

(4) Die aus dem Bescheid folgende höchstzulässige Leistungsanspruchnahme tritt während der Wirkungszeit an die Stelle einer vereinbarten begrenzten Leistungsanspruchnahme gemäß den Rechtsvorschriften über die Lieferung von Energieträgern.

§ 3

(1) Für die Erteilung des Bescheides gemäß § 2 sind zuständig:

- der zuständige Betriebsteil oder Direktionsbereich des Energiekombinats hinsichtlich der Energieabnehmer, mit denen der Elektroenergie- bzw. Gasliefervertrag als Ganzes schriftlich abgeschlossen ist;
- die Kreisenergiekommission hinsichtlich aller anderen > Energieabnehmer.

(2) Der Bescheid muß enthalten:

- Bezeichnung des Ausstellers;
- Bezeichnung des Energieabnehmers;
- höchstzulässige Leistungsanspruchnahme während welcher Zeit;
- Wirkungszeit des Bescheides;
- Rechtsmittelbelehrung.

§ 4

(1) Gegen den Bescheid gemäß § 2 ist die Beschwerde zulässig. Sie kann innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Zustellung oder Übergabe beim Leiter des ausstellenden Organs eingelegt werden und muß begründet sein. Der Bescheid hat keine auf schiebende Wirkung.

(2) Wird der Beschwerde nicht stattgegeben, ist sie mit einer Stellungnahme innerhalb einer Frist von 2 Wochen

— dem Direktor des Energiekombinats in den Fällen des § 3 Abs. 1 Ziff. 1, -

— dem Vorsitzenden der Bezirksenergiekommission in den Fällen des § 3 Abs. 1 Ziff. 2

zu übergeben, der innerhalb weiterer 2 Wochen zu entscheiden hat. Der Beschwerdeführer -ist von der Abgabe zu unterrichten.

(3) Können die Fristen der Beschwerdebearbeitung nicht eingehalten werden, ist dem Beschwerdeführer ein begründeter Zwischenbescheid zu geben und darin der voraussichtliche Entscheidungsstermin zu nennen.

§ 5

(1) Der Bescheid zur Absenkung der Leistungsanspruchnahme kann geändert oder aufgehoben werden.